

Donnerstag, 27. November 2025

Noch eine Absage ans Ständemehr

Der Bundesrat lehnt die Kompass-Initiative ab

ANDRI ROSTETTER

Für Liebhaber direktdemokratischer Spezialfälle ist die sogenannte Kompass-Initiative ein Leckerbissen. Auslöser der Initiative ist das neue Vertragspaket zwischen der Schweiz und der EU. Dass am Ende das Volk über die EU-Verträge abstimmen kann, steht fest. Die grosse Frage ist jedoch, ob das Volksmehr allein genügt, oder ob zusätzlich auch die Mehrheit der Kantone Ja sagen muss.

Hier kommt die Kompass-Initiative ins Spiel. Sie will nachträglich eine zweite Abstimmung über das Vertragspaket erzwingen, falls es bei der ersten Abstimmung ohne Ständemehr angenommen würde. Hinter der Initiative steht ein EU-kritisches Komitee um Alfred Gantner, Urs Wielisbach und Marcel Erni, die Gründer des Finanzdienstleisters Partners Group.

Inkonsistente Argumentation

An diesem Mittwoch hat sich der Bundesrat mit der Initiative befasst. Er empfiehlt dem Parlament, das Volksbegehren ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Der Entscheid ist eine weitere Wegmarke in einer sehr volatilen Debatte.

Im Juni 2024 kam das Bundesamt für Justiz in einem Gutachten zu dem Schluss, dass das EU-Paket nicht dem Ständemehr unterstellt werden muss. Der Bundesrat zeigte sich von der Argumentation nicht überzeugt und wollte sich offenhalten, ob er doch für ein Ständemehr plädieren will.

Im April dieses Jahres machte der Bundesrat dann klar, dass er die Verträge doch nicht dem Ständemehr unterstellen will. Der Entscheid kam zu einem überraschend frühen Zeitpunkt. Die Vertragstexte waren damals noch unter Verschluss, eine transparente Herleitung des bundesrätlichen Beschlusses war praktisch unmöglich.

Vor kurzem sagte Verteidigungsminister Martin Pfister, es handle sich beim Ständemehr nicht um eine politische, sondern um eine juristische Frage. Aussenminister Ignazio Cassis behauptete vor ein paar Monaten genau das

Gegenteil: Der Bundesrat habe sich auch aus «politisch-taktischen Gründen» gegen das Ständemehr entschieden.

Hintergrund des Hin und Her dürfte unter anderem die Uneinigkeit des Bundesrats sein. Im April haben sich Ignazio Cassis (FDP), Martin Pfister (Mitte) sowie Beat Jans und Elisabeth Baume-Schneider (beide SP) gegen ein Ständemehr gestellt. Albert Rösti und Guy Parmelin (beide SVP) und Karin Keller-Sutter (FDP) haben sich hingegen für ein doppeltes Mehr ausgesprochen.

Warnung vor dem Einzelfall

Neuerdings argumentiert die Landesregierung sowohl politisch-taktisch als auch juristisch. Erstens habe es in der jüngeren Vergangenheit mehrere Anläufe gegeben, das Staatsvertragsreferendum auszubauen, schreibt der Bundesrat in seiner Mitteilung vom Mittwoch. Sämtliche Anläufe seien gescheitert und vom Parlament sowie von Volk und Ständen abgelehnt worden. «Der Bundesrat schliesst daraus, dass der Ausbau des Staatsvertragsreferendums nicht mehrheitsfähig ist.»

Zweitens sei ein Ständemehr nur dann möglich, wenn ein Staatsvertrag einen «schwerwiegenden Eingriff in die innere Struktur der Schweiz mit sich bringt oder eine grundlegende Neuorientierung der schweizerischen Aussenpolitik bewirkt». Beim EU-Vertragspaket seien die Voraussetzungen nicht erfüllt.

Drittens warnt der Bundesrat davor, die Debatte über das Ständemehr bei Staatsverträgen an einen Einzelfall zu koppeln. «Die Konsequenzen wären weitreichend und gehen deutlich über die Frage hinaus, ob das Paket Schweiz-EU dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum unterliegen soll.»

Tatsächlich wäre dies der Fall, sollte die Kompass-Initiative dereinst an der Urne angenommen werden. Zunächst muss aber das Parlament entscheiden, in welcher Form das EU-Paket an die Urne kommt: mit fakultativem oder obligatorischem Referendum. Das Volk dürfte frühestens 2027 darüber abstimmen. Wann die Kompass-Initiative an der Reihe ist, steht noch nicht fest.